



aninchen- usstellung Abier. usstellungsleitung. Zutritt.

rei und Cafe 3 Min. vom Bahnhof

Torten, diverses ten besseres Eis

ffee".

en Kunstspiel- es Billard. — Weine. □ □ Friedrich Richter.

erde und Oefen

et (Johannes Springung) 2. Rest. Stadt Zwickau:

in nur guter Aus- Der Obige.

ch anzuzeigen nig ennig

920

rg

ig 2700 gntzung

SLUB Wir führen Wissen.

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callenberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rübshnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechs-spaltige Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Für Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 637.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callenberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callenberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 237

Montag, den 11 Oktober 1920

70. Jahrgang

Auf Blatt 242 des hiesigen Handelsregisters, die Aktiengesellschaft Vereinsbank zu Müllern St. Jacob in Müllern St. Jacob betr., ist heute eingetragen worden, daß Bernhard Dankegott Wolf als Direktor und Vorstandsmitglied ausgeschlossen und an seiner Stelle der Bäckermester Carl Hermann Lober in Müllern St. Jacob bestellt worden ist.

Amtsgericht Lichtenstein-Callenberg, den 8. Oktober 1920.

Für einen im 18. Lebensjahre stehenden Burschen, der 3 Jahre in einer Dreherei gearbeitet hat, wird

Arbeitsstelle

in einer Schlosserei oder einem verwandten Berufe gesucht. Meldungen werden umgehend erbeten mit der Angabe darüber, ob der Bursche in Kost und Wohnung genommen werden kann.

Stadtrat Lichtenstein-Callenberg, am 11. Oktober 1920.

Wägstände für Kinder bis zu einem Jahr findet für A-L

Dienstag, den 12. Oktober,

M-Z

Donnerstag, den 14. Oktober

von 2-4 Uhr in der Milchküche (Diesterwegschule) statt. Das Wohlfahrtsamt.

Kirchenvorstandswahl.

Am 1. Adventssonntag, den 28. November, findet nach dem Vormittagsgottesdienst Kirchenvorstandswahl für die Kirchengemeinde Hohndorf statt. Es scheiden aus die Herren Schuldirektor Großer und Obersteiger Richter, die natürlich wieder gewählt werden können. Außerdem ist ein Herr an Stelle des durch Wegzug ausgeschiedenen Herrn Obersteiger Schmidt zu wählen. Stimmberechtigt sind alle volljährigen Mitglieder der Kirchengemeinde, die in die Wählerliste aufgenommen sind. Die Aufnahme in die Wählerliste erfolgt durch schriftliche Anmeldung noch besonderem Vordruck, der im Pfarramt zu haben ist. Wer bereits früher in die Wählerliste aufgenommen worden ist, bedarf keiner neuen Anmeldung. Die Wählerliste wird am Sonnabend, den 13. November abgeschlossen; nach diesem Tage sind Eintragungen nicht mehr zulässig.

Hohndorf, den 11. Oktober 1920.

Der Wahlaufruf.

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Fleisch.

1. Nachdem die Bewirtschaftung von Fleischfleisch mit Reichsverordnung vom 19. September 1920 ab 1. Oktober 1920 aufgehoben worden ist, erledigen sich alle vom Bezirksverband hierüber erlassenen Bekanntmachungen und Verfügungen, insbesondere die vom 16. 10. 1918 über Hausfleischungen und vom 27. 11. 1918 über Viehveränderungsangelegen. In Geltung bleibt nur noch die Bekanntmachung vom 24. August 1920 über die Führung einer Kundenliste zwecks einer gleichmäßigen Verteilung der Auslandsfleischzuweisungen.

2. Die sächsischen Ausführungsbestimmungen der Verordnung v. 19. Sept. 1920 über die Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft sind in Nr. 236 der Glauchauer Zeitung vom 9. Oktober 1920 abgedruckt und liegen zur Einsichtnahme bei allen Ortsbehörden aus. Vordrucke für Schlachtscheine und die Durchführung können von den Viehhändlern und Fleischern, von der Wilhelm und Bertha von Baensch-Stiftung, Dresden-L., Waisenhausstraße 34, bezogen werden. — R. L. Nr. 771 b Fl. Bezirksverband Glauchau, den 9. Oktober 1920.

Freiherr von Weich, Amtshauptmann.

Spartkasse Hohndorf (Bez. Chemnitz).

Zinsfuß 3 1/2%. Tägliche Verzinsung. Postsparkonto Leipzig Nr. 21480. Gemeindefiskalkonto Nr. 2. Strengste Geheimhaltung. Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren. Geschäftszeit während des Winterhalbjahres: 8 bis 1 Uhr vorm., 3-5 Uhr nachm. und an den Tagen vor Sonn- und Festtagen durchgehend von vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Nachrichten vom Rhein wissen erneut zu melden, daß die Franzosen die Besatzungsarmee, die etwa 150.000 Mann beträgt und Deutschland tiefe Kosten auferlegt, abermals erhöhen wollen, wohl nur zu dem Zweck, das besetzte Gebiet überhaupt nicht wieder herauszugeben.

Wie wir hören, werden in dieser Woche die Verhandlungen über die Schaffung der von der Regierung seit längerer Zeit in Aussicht gestellten Beamtenräte beginnen. Man will zunächst mit den Eisenbahnbeamten verhandeln.

Der Ausweis der Reichsbank für die letzte Septemberwoche übertrifft in Berücksichtigung des Standes alles bisher dagewesene. An papiernen Zahlungsmitteln wurden 2827 Millionen Mark neu in den Verkehr gebracht, jedoch ist der Gesamtumlauf am 1. Oktober auf 75 Milliarden Mark belaufen.

In einem ersten Hotel Frankfurt wurde der 21-jährige Bankbeamte Dehner aus Kallenberg, der etwa 4 Millionen Mark und 7 Rindfleisch, dazu Brillanten von hohem Wert bei sich führte, verhaftet. Er will angeblich von einer Tante aus Argentinien erbt und gläubig geerbt haben.

* Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, sind auf dem Hauptpostamt Charlottenburg von Einbrechern Stempelmarken und Stempelbogen im Gesamtwerte von einer Million Mark gestohlen worden.

Ein gewaltiges Großfeuer hat die Rohmannsche Fleischwarenfabrik in Dingelstedt im Elbsiedebölla eingeäschert. Jährliche, vor kurzem erst angekaufte Maschinen und große Vorräte sind vernichtet. Der Schaden geht in die Millionen.

Auf dem Bahnhof von Hülles hieß ein von Paris nach Nantes fahrender Personenzug auf drei Wagen, die sich von einem Güterzuge gelöst hatten, die abschüssige Strecke zu rüberrollt und dabei entgleist waren. Die Zahl der Opfer wird auf ungefähr 100 geschätzt, wovon bis Mitternacht 38 Tote geborgen wurden.

In Benedix sind bei einem Eisenbahnunglück Menschen ums Leben gekommen, bisher wurden 28 Tote gezählt.

* Nach einem Telegramm aus Sebastopol ist zwischen General Wrangel und den Führern der Don-, Kuban-, Terek- und Altiran-Kolonen ein Bündnis abgeschlossen worden.

67,7 Milliarden Fehlbetrag.

Durchführung strengster Sparmaßnahmen.

Der Reichstag erledigte kürzlich u. a. die Etats des Reichsministeriums, des Reichsanzlers und der Reichskanzlei. Vor Eintritt in die Etatberatungen nahm Ministerialdirektor Sachs das Wort zu Ausführungen über die Finanzlage. Seine Darlegungen machten einen niederschmetternden Eindruck. Die Gesamtausgaben für das Rechnungsjahr betragen einschließlich der Mehrausgaben für das Besatzungsheer im Rheinland in Höhe von 15 Milliarden auf 91,5 Milliarden. Hiervon sind ungedeckt 49 Milliarden, dazu kommt ein Fehlbetrag der Postverwaltung von 2 Milliarden, der Eisenbahn von 16 Milliarden Mark. Hiernach besteht

ein Gesamtfehlbetrag von 67 Milliarden Mark.

Diese ungeheure Summe geht über jedes Maß einer ertäglichen Finanzwirtschaft hinaus. Es entsteht die Frage, ob sich das Reichsnopfer lohne, dessen Ertrag auf 45 Milliarden Mark geschätzt wird. Es deutet ja doch nicht den Gesamtfehlbetrag. Die riesenhaften Ausgaben kämen einmal durch den Friedensvertrag. Für „Wiedergutmachungsforderungen“ sind 25 Milliarden Mark eingestellt, dazu kommen die enormen Kosten der Besatzungsarmee. Ferner sei die Verwaltung zu umfangreich. Statt sechs Reichsministerien vor dem Kriege hätten wir jetzt 12, die ihre Existenz durch eine Sturmflut der Geistesmacherei nachzuweisen suchen. Wir leiden an einer Ueberorganisation. Der Etat für 1920 enthält allein 24852 neue Beamtenstellen.

Die Besoldungsordnung bringt neue Milliardenlasten. Bei der Bewilligung von Ausgaben verjüme der Reichstag die Bereitstellung von Dedungsmitteln. Es ist unerträglich für den Finanzminister, wenn Forderungen, deren Erfüllung er nach Lage der Finanzen verjagen muß, gegen seinen Widerspruch schlantweg bewilligt werden.

Der Reichsrat nahm darauf folgende vorgelegene Entschlieung an:

Die Ausgaben in dem dem Reichstag vorgelegten Reichshaushaltentwurf für 1920 vermehren sich, wie erst jetzt feststellen möglich gewesen ist, durch die Steigerung der laufenden Aufwendungen zur Unterhaltung des Besatzungsheeres in den Rheinlanden auf 91,5 Milliarden Mark. Ungedeckt hiervon sind 49,7 Milliarden Mark. Der Gesamtfehlbetrag unter Einfluß des Fehlbetrages bei Eisenbahn- und Postverwaltung beträgt somit 67,7

Milliarden Mark. Die Finanzlage ist hiernach so ernst, daß das Gebot strengster und rücksichtsloser Einschränkung der Ausgaben nicht aufs neue betont zu werden braucht. Je mehr zudem die Gestaltung des Haushaltes von den in ihrem Ausmaß ungeheuren, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages herbeigeleiteten Forderungen unserer Vertragsgegner abhängig ist, umso zwingender erhebt sich die Notwendigkeit, auf allen anderen Gebieten die starke Minderung der Ausgaben eintreten zu lassen, welche für ein verarmtes Staatsweien unerlässlich ist. Dazu bedarf es eines wirklichen Einflusses des Reichsfinanzministers auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Bestimmung in unserer Hand liegt. An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschlieungen so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung strengster Sparmaßnahmen bei den Reichsausgaben unentbehrlichen Nachbefugnissen auszustatten, erreicht wird.

Reichsfinanzminister Wirth gab für die Reichsregierung die Erklärung ab, daß grundsätzlich über die in der Resolution vorgetragenen Wünsche im Reichskabinett eine Einigung erzielt sei. Er hoffe, daß in wenigen Tagen die Formulierung dieser grundsätzlichen Stellungnahme des Kabinetts bereits erfolgen werde.

Deutsches Reich.

Die Berufung Dr. Gradnauers.

Dresden. Die demokratische Fraktion der Volkstammer hat die demokratischen Minister um Aufklärung wegen der Berufung des früheren Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer zum Ministerialrat im Arbeitsministerium erucht. Es wird mitgeteilt, daß für Herrn Dr. Gradnauer keine neue Stelle geschaffen wurde, sondern daß er in eine haushaltplanmäßige und erledigte Stelle berufen wurde, und zwar in erster Linie, um in Berlin die sächsischen Interessen in den für unser Land besonders wichtigen Fragen der Arbeitslosenunterstützung, der produktiven Erwerbslosenfürsorge und der Beschaffung von Arbeit für die sächsische Industrie bei der Vergebung von Aufträgen für die Wiedergutmachung zu vertreten. — E. I.

Verhärzung des Berliner Zeitungsstreits.

Berlin. Der Streit im Berliner Zeitungsstreit verhärtet sich immer mehr. Auf Grund einer Sympathieerklärung der Buchdruckereibesitzer für die Zeitungsverleger haben sich 150 Firmen bereit erklärt, die Herstellung der Zeitungen und der sonstigen Arbeiten der Zeitungsbetriebe zu übernehmen. Bei Ablehnung der Ausführung dieser Arbeiten durch das Personal werden die Druckereifirmen ebenfalls zur Entlassung ihrer Arbeiter zureiten. Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter der „Neuen Zeit“ in Charlottenburg haben sich geweigert, die Herstellung der von den Verlegern geplanten Einheitszeitung auszuführen. Daraufhin sind die Arbeiter fristlos entlassen worden. Nachmittags trat eine Versammlung der Zeitungsverleger zusammen, um über weitere Maßnahmen zu beraten. Die Berliner Buchdruckereifirmen wollen sich, wie uns aus diesen Kreisen mitgeteilt wird, mit den Reichsorganisationen in Verbindung setzen und den Streit im Buchdruckergewerbe, falls die Einigungsverhandlungen zu keinem Ergebnis führen, über Berlin hinaus ausdehnen. Im Laufe des Nachmittags wollen die Betriebsräte der Groß-Berliner Verlage zusammentreten, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen.

Enteignung der Deutschen Bank in Brüssel.

Die belgische Regierung hat bestimmt, daß das Gebäude der Deutschen Bank in Brüssel zugunsten des belgischen Finanzministeriums zum Preise von 7 Millionen 100.000 Franken enteignet wird. Sie hat diesen Erlass noch dadurch verhärtet, daß das Gebäude innerhalb zweier Wochen geräumt werden soll, wodurch bei der Räumung der Zeit der Deutschen Bank jede Möglichkeit genommen ist, wirksam gegen diese Maßnahme zu protestieren. Die Frage liegt nun so, wird der belgische Gerichtspräsident, der für den Fall einer öffentlichen Versteigerung selbst einen Mindestsatz von 15 Millionen Franken festgesetzt hat, also von dem höheren Wert des Gebäudes überzeugt ist, dem Verlangen der belgischen Regierung nachgeben oder nicht?